

**Auseinandersetzungen mit der totalitären Vergangenheit. Deutsche und tschechische Wege nach 1989 - Ein Vergleich
(Vyrovnávání se s totalitní minulostí.**

Srovnání situace v německu a v České Republice po roce 1989)

Konferenz, 18./19. Januar 2007

Botschaft der Tschechischen Republik in Berlin, Wilhelmstr. 44

Eine Konferenz des Tschechischen Zentrums Berlin und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unter der Schirmherrschaft der Botschaft der Tschechischen Republik in Berlin.

Anlässlich des 30. Jahrestages der Gründung der „Charta 77“ luden das Tschechische Zentrum Berlin gemeinsam mit der Stiftung Aufarbeitung in die Botschaft der Tschechischen Republik in Berlin ein, um auf einer zweitägigen Konferenz die tschechischen und deutschen Wege der Aufarbeitung des Kommunismus im jeweiligen Land zu diskutieren und miteinander zu vergleichen. Im Zentrum der Konferenz standen Fragen, wie sich die beiden Länder bei dieser Aufgabe gegenseitig inspirieren können und ob beziehungsweise wie eine Kooperation auf europäischer Ebene bei der Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit möglich ist.

Der erste Tag der Konferenz widmete sich zunächst in drei Blöcken den Themenbereichen der Opposition und des Widerstandes, der gesellschaftlichen Aufarbeitung in beiden Ländern sowie den Perspektiven und Rollen der damaligen Regimegegner nach der friedlichen bzw. samtene Revolution 1989/90. Damit verbunden die Frage, welche Schlussfolgerungen sie aus ihren damaligen Anstrengungen für ihr heutiges Wirken ziehen würden. Am zweiten Konferenztag wurde der Fokus auf die Erfahrungen und den Stand juristischer Aufarbeitung, die Leistungen von Bildung und Forschung, sowie die Rolle von Opposition und Widerstand für die Geschichtsbilder und -deutungen in den beiden Ländern gerichtet. In einer abschließenden Diskussionsrunde sollte sowohl eine Bilanz der Auseinandersetzungen mit der totalitären Vergangenheit nach 1989 angestrengt, als auch ein Ausblick auf die nächsten Jahre der Aufarbeitung aus europäischer Perspektive gegeben werden.

Nach einer kurzen Begrüßung des Hausherrn Dr. Rudolf Jindrák, des neuen Botschafters der Tschechischen Republik in Berlin, eröffnete Markus Meckel, MdB, als Vertreter der Stiftung Aufarbeitung die Tagung. In seinen einleitenden Worten betonte Meckel die Wichtigkeit der „Charta 77“. Aus heutiger Sicht müsse sie als Signal gesehen werden, dass die Überwindung des Kommunismus in Europa eine internationale Aufgabe sein muss. Vor allem sei sie ein Zeichen, dass der

Kommunismus Mittel- und Osteuropas und seine Überwindung Teil einer europäischen Geschichte ist und als solche verankert werden muss.

Im ersten Block – der Opposition und dem Widerstand in der DDR und der ČSSR gewidmet – bemühte sich Prof. Dr. Manfred Wilke vom Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin um einen Rundumschlag zur Geschichte der DDR unter dem Aspekt ihrer politischen Opposition. Dabei arbeitete er vier Phasen des Widerstandes heraus, die sich auch in ihrer inhaltlichen Qualität deutlich voneinander unterscheiden ließen: die erste Periode unter dem Titel „Volksaufstand und Entstalinisierung“ endete als „die deutsche Teilung ihr Symbol aus Beton und Stacheldraht“ bekam. Das „Wendejahr 1976“ mit der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz und der Ausbürgerung des regierungskritischen Liedermachers Wolf Biermann beschnitt eine Phase zeitweiliger künstlerischer Freizügigkeit, die eine vor Selbstbewusstsein strotzende DDR auf der Basis von Grundlagenvertrag, einer neuen sozialistischen Verfassung und der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte zuvor gewährt hatte. Die Grundsteine für den „Kampf gegen den Frieden“, der nach Wilke die 1980er Jahre von Solidarność und kirchlicher Opposition auszeichnete, waren gelegt. Die damals entstehenden Gruppen der Umwelt- und Kirchenbewegung seien die Keimzellen für die Bürgerbewegungen gewesen, die im Herbst 1989 friedlich revoltierten.

Im Anschluss schilderte der Historiker Vilém Prečan vom tschechischen Institut für Zeitgeschichte der Akademie der Wissenschaften Prag die Situation von Opposition und Widerstand in der Tschechoslowakei. Die Frage nach den Möglichkeiten zur Überwindung der Diktatur war, so Prečan, bis 1968 die zentrale Frage der so genannten Revolution von oben und der oppositionellen Basisgruppen. Die Niederschlagung des Prager Frühlings durch sowjetische Streitkräfte im August desselben Jahres hätte allerdings zum Umdenken bei der Suche nach Lösungen für die Überwindung des Sowjetkommunismus gezwungen. Die „Charta 77“, eine 1977 veröffentlichte Petition gegen die Menschenrechtsverletzungen des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei, die für die Unterzeichner im Widerspruch zu der vom tschechischen Außenminister unterschriebenen Schlussakte von Helsinki standen, sei Ausdruck dieses veränderten Denkens gewesen.

Im zweiten Panel des ersten Veranstaltungstages resümierten Prof. Dr. Bernd Faulenbach (Ruhr-Universität Bochum) und Dr. Petr Koura (Karlsuniversität Prag/ Archiv der Sicherheitsunterlagen des tschechischen Innenministeriums) die gesellschaftliche Aufarbeitung nach 1989 in ihren beiden Ländern.

An ein Zitat des britischen Historikers Timothy Garton Ash anschließend, der die Deutschen als „Weltmeister der Aufarbeitung“ bezeichnete, betonte Faulenbach zunächst, dass Deutschland mit der Besonderheit umzugehen habe, dass nur ein Teil seiner Bevölkerung über Erfahrungen mit der kommunistischen Diktatur verfüge. Die Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit sei in beiden deutschen

Staaten systembedingt auf unterschiedliche Weise vorangetrieben worden, zu der sich die Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur geselle. In diesem Prozess sei allerdings auch eine Umdeutung der NS-Bewältigung in der ehemaligen DDR inbegriffen. Aus den zwei großen Thematiken der heutigen deutschen Diktaturbewältigung entspringe demnach noch eine dritte. Faulenbach bezeichnete darüber hinaus die 1990er Jahre als „das Jahrzehnt der Gedenkstätten“, in dem die Frage nach der Bedeutung des Nationalsozialismus für die deutsche Identität neu definiert worden sei. Der bundesrepublikanische Erfahrungshorizont, der Erfolge und Versagen bei der Aufarbeitung des Nationalsozialismus reflektiert, habe gepaart mit dem Drängen der ostdeutschen Bürgerbewegungen eine schnelle und gezielte Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur beflügelt. Eine Periode von Gründungen zahlreicher Aufarbeitungseinrichtungen wie der Gauck-Behörde, der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), der zwei Bundestags-Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur, des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam etc. folgte. Gleichwohl werde die Geschichte der DDR in zahlreichen Fällen immer noch zu einem Problem der Ostdeutschen degradiert.

Dr. Petr Koura betonte in seinem Beitrag, dass die Veröffentlichungen zur kommunistischen Vergangenheit Tschechiens größtenteils nur die gesellschaftliche Elite bedient hätten und lediglich von ihr zur Kenntnis genommen worden seien. Dabei sollte seiner Ansicht nach die Frage nach einem breiten gesellschaftlichen Konsens im Mittelpunkt stehen. Gesetzesinitiativen, wie die zum so genannten Lustrationsgesetz, das den Ausschluss ehemaliger Staatssicherheitsmitarbeiter von öffentlichen Ämtern ermöglichte, seien allerdings in der breiten Öffentlichkeit umstritten, was Koura auf die unterschiedlichen persönlichen Erfahrungen mit 40 Jahren Diktatur zurückführte. Allerdings sei seit 1989 die Zahl der Kultur- und Kunstproduktionen, die sich mit der kommunistischen Vergangenheit beschäftigen, kontinuierlich angestiegen, parallel dazu sei das öffentliche Interesse daran beständig gewachsen. Koura beklagte, dass im Vergleich zur Bundesrepublik in der Tschechischen Republik nicht ernsthaft von einer „Gedenkstättenlandschaft“ gesprochen werden könne. Die Politik setze sich bis heute nicht dafür ein, vorhandenen zivilgesellschaftlichen Initiativen fehlten dagegen die finanziellen Mittel. Zum Abschluss des ersten Konferenztages diskutierten Zeitzeugen und Protagonisten der Ereignisse von 1989 über ihre heutigen Perspektiven auf die damalige Zeit und ihre Rollen, die sie in der jetzigen Gesellschaft eingenommen haben. Marianne Birthler, Gerd Poppe und Rainer Eppelmann, in der DDR-Bürgerbewegung 1989 aktiv, sowie Prof. František Janouch, PhD Jiřina Šiklová CSc. und Josef Mašin waren auf dem Podium vertreten. Mit dem Verweis auf den grenzüberschreitenden Charakter der Tagung betonte Gerd Poppe, dass die 1985 gegründete „Initiative für Frieden und Menschenrechte“, der er selbst angehörte,

nach dem Vorbild der „Charta 77“ ins Leben gerufen wurde. Der Ausspruch des Mitbegründers Vaclav Havels, die „Charta 77“ sei ein „Versuch, in der Wahrheit zu leben“, hätte ihn und seine Mitstreiter maßgeblich inspiriert.

Die sich anschließende lebhafte Diskussion gab den deutschen Gästen einen kleinen Einblick in die Debatte, die in der Tschechischen Republik um ihre Oppositionellen und Widerstandskämpfer geführt wird. Mit der Person Mašins, der auf dem Podium zugegen war, wird die heutige tschechische Gesellschaft mit der Frage der Legitimität gewaltsamen Widerstandes konfrontiert. Die polarisierende Kraft, die die Taten Josef Mašins und dessen Bruder Ctirad in der heutigen Betrachtung antikommunistischer Opposition hervorrufen, wurde an diesem Abend mehr als deutlich. Für die einen sind sie Verbrecher und Mörder, für die anderen Helden und die einzigen Opfer des Stalinismus, die nie rehabilitiert wurden.

Der zweite Konferenztag wurde von Prof. Dr. Klaus Marxen (Humboldt-Universität zu Berlin, Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht und Rechtsphilosophie) eröffnet, der in seinem Vortrag die juristische Aufarbeitung im Spiegel des Demokratisierungsprozesses nach 1989 zusammenfassend betrachtete. Dabei untersuchte er den Zeitraum vor der friedlichen Revolution, die Phase danach bis zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik sowie die juristische Aufarbeitung von DDR-Unrecht nach der Wiedervereinigung. Die vor dem Herbst 1989 eingegangenen Anzeigen wegen Wahlfälschung bei den Kommunalwahlen im Mai desselben Jahres – auch in der DDR ein Straftatbestand – wurden von den zuständigen Behörden und Gerichten nicht bearbeitet. Mitte Oktober 1989 vollzog sich in der DDR jedoch ein Wechsel in den Medien, erste Berichte über Privilegien von Führungskräften erschienen und gesellschaftliche und wirtschaftliche Missstände wurden offen benannt. Diese Öffnung der Medien, die auf breites Interesse in der Bevölkerung stieß, habe, so Marxen, auch die juristische Aufarbeitung von Regierungskriminalität erzwungen. Nach Marxen vollzog sich mit der politischen auch eine juristische Wende, die eine gerichtliche Verfolgung von Wahlfälschungen einleitete und noch vor dem 3. Oktober 1990 zu rechtskräftigen Verurteilungen führte.

Die zweite inhaltliche Gruppe juristischer Aufarbeitung vor der Wiedervereinigung betraf die Thematik von Amtsmissbrauch und Korruption. Die meisten der hier erhobenen Anklagen führten allerdings erst in der Bundesrepublik zu rechtskräftigen Urteilen. Nach der Wiedervereinigung widmete sich die strafrechtliche Verfolgung im Wesentlichen den Verbrechen an der deutsch-deutschen Grenze sowie Justizunrecht und dem Tatbestand der Rechtsbeugung. Das Spannungsverhältnis zwischen dem formalen Rechtsstaat und dem Drängen der Gesellschaft auf Gerechtigkeit sei durch das so genannte Rückwirkungsverbot noch verstärkt worden, das im hier behandelten Fall eine Verfolgung von Straftaten nur dann erlaubte, wenn diese auch nach den Gesetzen der DDR strafbar waren. Bis heute sei die Auffassung in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitet, dass nach der Wiedervereinigung der

Gerechtigkeit nicht genüge getan wurde. Auch die Frage nach Sinn und Nutzen einer Amnestie sei in der damaligen Zeit diskutiert worden, wobei hierfür vor allem das Argument der Wahrung des gesellschaftlichen Friedens und die Angst vor Lynchstimmung ins Feld geführt wurde. Der Position einiger Bürgerrechtler, die Justiz sei in der Verfolgung von SED-Unrecht nicht nachdrücklich genug gewesen, entgegneten PDS-nahe Medien das Stichwort der „Siegerjustiz“. Marxen betonte abschließend, dass die Rechtsprechung eines Rechtsstaates gegenüber einem Unrechtsstaat schon von der Sache her problematisch sei, da der Rechtsstaat immer von präzisen Sachlagen und Schuld nachweisen ausgehen müsse, die bei systembedingtem staatlichen Unrecht in der notwendigen Eindeutigkeit nicht immer vorzufinden seien. Dieses Ungleichgewicht habe auch die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley zu dem Ausspruch bewegt, man habe damals „Gerechtigkeit gewollt und den Rechtsstaat bekommen“. Marxen selbst bemüht sich jedoch in einem aktuellen Projekt an der Humboldt-Universität um eine Dokumentation von Urteilen, die nach der Wiedervereinigung Bestandteil der Aufarbeitung von DDR-Unrecht wurden, um von rechtswissenschaftlicher Seite „eine Mauerlücke zu verhindern“.

Dr. Pavel Žáček (Innenministerium der Tschechischen Republik) schilderte im Anschluss die Situation in der Tschechischen Republik nach 1989. Auch dort hatte es seit Anfang der 1990er Jahre Rehabilitierungs- und Restitutionsgesetze gegeben, die Akten der Staatssicherheit wurden in das tschechische Innenministerium eingegliedert und durch ein Dokumentationszentrum ergänzt. Gesetzesinitiativen wie die zum so genannten Lustrationsgesetz ermöglichten den Ausschluss ehemaliger Geheimdienstfunktionäre von öffentlichen Positionen. Das Gesetz über die Widerrechtlichkeit des kommunistischen Systems, das die KPČ als verbrecherische Organisation deklarierte, legte den Grundstein für die strafrechtliche Verfolgung von politisch motivierten Straftaten. Zwar habe es in der heutigen tschechischen Gesellschaft auch eine Schlussstrichdebatte gegeben, die Anpassung des Strafgesetzbuches zugunsten der Verfolgung von Regierungskriminalität habe sich jedoch durchgesetzt. In jüngster Zeit werde in der Tschechischen Republik beständig an der Verbesserung des persönlichen Einsichtsrechtes in die Akten des staatlichen Sicherheitsdienstes gearbeitet.

Im zweiten inhaltlichen Block dieses Tages über den „Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit und den friedlichen Revolutionen in der Gesellschaft; Bildung und Forschung als Prävention gegen Verharmlosung von Diktaturen“ berichteten Dr. Jaroslav Šonka (Europäische Akademie Berlin) in Vertretung für Dr. Jan Pauer (Universität Bremen) und Prof. Dr. Rainer Eckert (Haus der Geschichte, Direktor Zeitgeschichtliches Forum Leipzig) von ihren jeweiligen Erfahrungen. Letzterer betonte die Schwierigkeiten bei der Vermittlung der DDR-Geschichte an Jugendliche. Auch in europäischer Perspektive sei es notwendig, die Geschichte der DDR in ein gemeinsames Geschichtsbild zu integrieren, wobei er die

gemeinsame Geschichte des europäischen Widerstands als zentralen Ansatzpunkt vorschlug. Bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur habe man nach seiner Einschätzung bereits Vieles erreicht, inzwischen habe man „kein Erkenntnisproblem, sondern ein Vermittlungsproblem“. Um in dieser Frage voranzukommen, forderte er von den einzelnen Museen und Gedenkstätten ein enges Arbeiten an ihren eigenen Sachgebieten. Eckert formulierte die Frage, ob es nicht effektiver für die vielen Grenzlandmuseen und Mauergedenkstätten sein könnte unter der Leitung eines zentralen Gedenkortes zu arbeiten. Um die DDR-Geschichte auf breiter Ebene besser vermittelbar zu machen, empfahl Eckert schließlich, den Fokus von den Opfern auf den Widerstand zu verlagern, wobei der wesentliche Unterschied wohl nur in der symbolischen Umdeutung liegen könnte. Schließlich würden sich die beiden Themenbereiche in einer nicht unbedeutenden Größenordnung auch personell überschneiden.

Daran anknüpfend stellte im nachfolgenden Vortrag Dr. Ilko-Sascha Kowalczuk (Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR; Abt. Bildung und Forschung) die Frage, warum sich Nachgeborene Identitätsmuster herausgreifen sollten, die ihre eigenen Lebenswelten nicht berührten. Auch kritisierte Kowalczuk einleitend Rainer Eckerts Worte zum Museum Checkpoint Charlie und den dessen Ansicht nach zu zahlreichen Grenzlandmuseen, die er als „kleinkarierte Ansprüche eines Museumsdirektors“ abtat. Denn schließlich finanzierten sich diese Museen zum größten Teil selbst und manifestierten auf lebhaft und eindrückliche Weise die vierzigjährige deutsch-deutsche Teilung. Aus diesen Gründen könnten sie gar nicht zahlreich genug sein.

Der antitotalitäre Konsens, der nicht zuletzt durch Jürgen Habermas' Beitrag in der Enquete-Kommission des Bundestags 1994 seine „Weihe aus höchstpriesterlichem Munde“ erhalten habe, sei nach Kowalczuk auch für die bundesdeutsche Linke erst in den 1990ern „salonfähig“ geworden. In der öffentlichen Wahrnehmung spielten allerdings alte Identitätsfiguren wie die Eiskunstläuferin Katharina Witt in „Ostalgie“-Sendungen der Privatfernsehsender eine größere Rolle. Witt repräsentiere eine weichgespülte DDR, „die es nie gab, an die sich aber viele gerne erinnern möchten“. Die Aufmerksamkeit, die dem 50. Jahrestag des 17. Juni 1953, den Feierlichkeiten zum Fall der Mauer oder zur Wiedervereinigung und anderen Ereignissen entgegengebracht wird, sollte nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass der DDR-Geschichte nach wie vor nur ein gesondertes regionales Interesse zuteil werde. Die Opposition und der Widerstand seien nach wie vor kein identitätsstiftendes Merkmal, was auch am stiefmütterlichen Umgang mit Opfern der SED-Diktatur abzulesen sei. Oppositionelle hätten sich an den Rand der DDR-Gesellschaft manövriert und sind, so Kowalczuk, bis heute dort geblieben. Oppositionelles und widerständiges Verhalten sei als historisches Thema unpopulär, da dem Einzelnen ein Spiegel vorgehalten wird, in den er allerdings aus Angst vor der eigenen

moralischen Unzulänglichkeit ungern blicken möchte. Demgegenüber würden ehemalige Inoffizielle Mitarbeiter oder offizielle Staatssicherheitsfunktionäre als Dauergäste für Talkshows gebucht und stünden als „ostdeutsche Hätschelkinder“ im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses.

Jaromír Štětina (Senator der Grünen im Parlament der Tschechischen Republik) bestätigte dagegen im Anschluss die identitätsstiftende Kraft und den Vorbildcharakter von „Charta 77“ oder des Prager Frühling für jetzige und nachfolgende Generationen und räumte diesen Ereignissen einen wichtigen Platz in der europäischen Gesamtgeschichte ein. In der heutigen Tschechischen Republik mache sich allerdings auch das Phänomen breit, dass ein großer Teil der Bevölkerung die politisch motivierten Verbrechen, die von Mitgliedern der Kommunistischen Partei verübt wurden, verharmlose. Zwar habe es 2005 einen gesetzlichen Beschluss zur Kriminalisierung der KPČ gegeben, den er als Senator mitgetragen habe. Zu seinem Bedauern trage dieses Gesetz allerdings lediglich Deklarationscharakter. Die juristischen Verantwortlichkeiten, die sich an das Gesetz anschließen müssten, seien bis heute nicht geklärt. Schließlich beklagte Štětina, dass nach der so genannten Samtenen Revolution von 1989 kein grundsätzlicher Neuanfang gewagt wurde.

Die abschließende Podiumsrunde bilanzierte die Auseinandersetzung mit der totalitären Vergangenheit nach 1989 und stellte weitere Wege der gemeinsamen Aufarbeitung in Aussicht. Moderiert von Volker Weichsel (Zeitschrift „Osteuropa“) schilderte Sandra Kalniete (Mitglied des lettischen Parlaments und ehem. EU-Kommissarin; Autorin „Mit Ballschuhen im sibirischen Schnee“) zunächst ihre Erfahrungen mit der westeuropäischen Totalitarismusdebatte, die immer noch vor einem Vergleich von Nationalsozialismus und Kommunismus zurückschrecke und dadurch in eklatanter Weise den totalitären Charakter des Kommunismus vernachlässige. Joachim Gauck, ehemaliger Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, schilderte diese Problematik von der Seite der Opfer der jeweiligen Diktaturen, die immer noch große Probleme bei der gegenseitigen Anerkennung hätten. Es ließen sich darüber hinaus Konjunkturen und Gegenkonjunkturen für und von Opfergruppen festmachen, was Gauck an der Rolle der Euthanasieopfer, der Sinti und Roma und anderer NS-Opfer im öffentlichen Bewusstsein festmachte. Auch er beklagte, dass viele Eliten in Deutschland und Europa der Verurteilung des Kommunismus immer noch zaghaft gegenüberstehen.

Markus Meckel, MdB, attestierte dem Nationalsozialismus eine Wahrnehmung im internationalen Geschichtsbild, welche dem Kommunismus unter keinen Umständen zugeschrieben werden könne. Auch sei detailliertes Wissen um historische Ereignisse in den ehemaligen kommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas kaum hinreichend vorhanden. Gauck, der die Staaten, die sich 1989/90 befreit haben, als Transformationsländer bezeichnete, warnte jedoch vor übereifrigem

Drängen auf eine in jeder Hinsicht europäische bzw. internationale Aufarbeitung. Diesen Ländern fehle seit dem Sturz des Kommunismus bislang eine Phase des „nation-building“ im Sinne einer „Festigung von Haltungen und Mentalitäten“, weshalb zunächst in den einzelnen Ländern ein Konsens über die Leistungen und Verfehlungen in der eigenen Geschichte erreicht werden müsse. Dies stelle die unerlässliche Basis für die Akzeptanz eines europäisierten Geschichtsbildes dar und erlaube erst trans- und internationale Beziehungen im Bereich der historischen Aufarbeitung. Abschließend wurde der Ruf nach einer wahrhaftig europäischen Tagung über die Aufarbeitung des Kommunismus in Europa laut. Vielleicht findet ja, so eine Anregung aus dem Publikum, die nächste Tagung in Strasbourg oder Brüssel statt, um dem europäischen Staatenbund zu verdeutlichen, dass es das heutige Europa ohne die Ereignisse von 1989 nicht gegeben hätte.

Julia Spohr, Berlin